

BILDUNGSPOLITIK

» Öffentliche Weiterbildungsförderung im Sinkflug

Die Anfang 2016 veröffentlichten Zahlen der Studie der Bertelsmann Stiftung zur Weiterbildungsfinanzierung in Deutschland (Walter, Marcel (2016): Weiterbildungsfinanzierung in Deutschland. Aktueller Stand, Entwicklung, Problemlagen und Perspektiven, Bertelsmann Stiftung) gingen wie ein Paukenschlag durch die Presse: Die öffentliche Förderung der allgemeinen, nicht formalen Weiterbildung ist in den vergangenen 20 Jahren um 41% gesunken! In der Studie wird in Zahlen und Prozentschwarz auf weiß und unterlegt mit aussagekräftigen Tabellen dokumentiert (vgl. Schaubild), was die Weiterbildungsträger seit Jahren nahezu ungehört beklagen: Die öffentliche Hand zieht sich aus der Weiterbildungsförderung zurück – mit absehbaren Folgen vor allem für diejenigen, die Weiterbildung am meisten benötigen, die sogenannten Bildungsfernen, Geringqualifizierten, prekär Beschäftigten. Diese Entwicklung steht konträr zu allen bildungspolitischen Aussagen von Bund und Ländern zur Notwendigkeit des lebenslangen Lernens in einer alternden und sich ständig wandelnden Gesellschaft, die sich mitten in der Umstrukturierung sämtlicher Arbeits- und Lebensbereiche durch die Digitalisierung befindet. Der Weiterbildung wird dabei unbestritten eine zentrale Rolle bei der Deckung des jetzt schon bestehenden und künftigen Fachkräftebedarfs zugewiesen. Die Kosten dafür werden allerdings zunehmend auf die Teilnehmenden abgewälzt. 11,2 Mrd. € individuelle Ausgaben und 10,6 Mrd. € betriebliche Ausgaben standen im Jahr 2012 4,2 Mrd. € öffentlichen Ausgaben für Weiterbildung gegenüber.

Während die Bildungsgesamtausgaben der öffentlichen Hand in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen sind (vgl. Schaubild), haben sich die öffentlichen Weiterbildungsausgaben seit 1995 halbiert. Einen wesentlichen Anteil daran hat der drastische Abbau der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit im Zuge der Umsetzung der Hartz-Gesetze. Hier hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden mit jetzt deutlich sichtbaren Verschiebungen der Kosten.

Im Bereich der staatlich anerkannten Weiterbildungsträger, zu denen die Evangelische Erwachsenenbildung gehört, sind die negativen Auswirkungen staatlicher Sparpolitik ebenfalls enorm. Alleine für die Volkshochschulen – nur für sie liegen in der Studie Zahlen vor – stagnieren die öffentlichen Ausgaben seit vielen Jahren bei etwa 400 Mio. €, wohl-

gemerkt bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten der Einrichtungen. 2014 lag der Anteil der Landesmittel für Erwachsenenbildung an den Gesamtausgaben für Bildung je nach Bundesland nur bei etwa 0,15 (Schleswig-Holstein) bis 0,79% (Bremen).

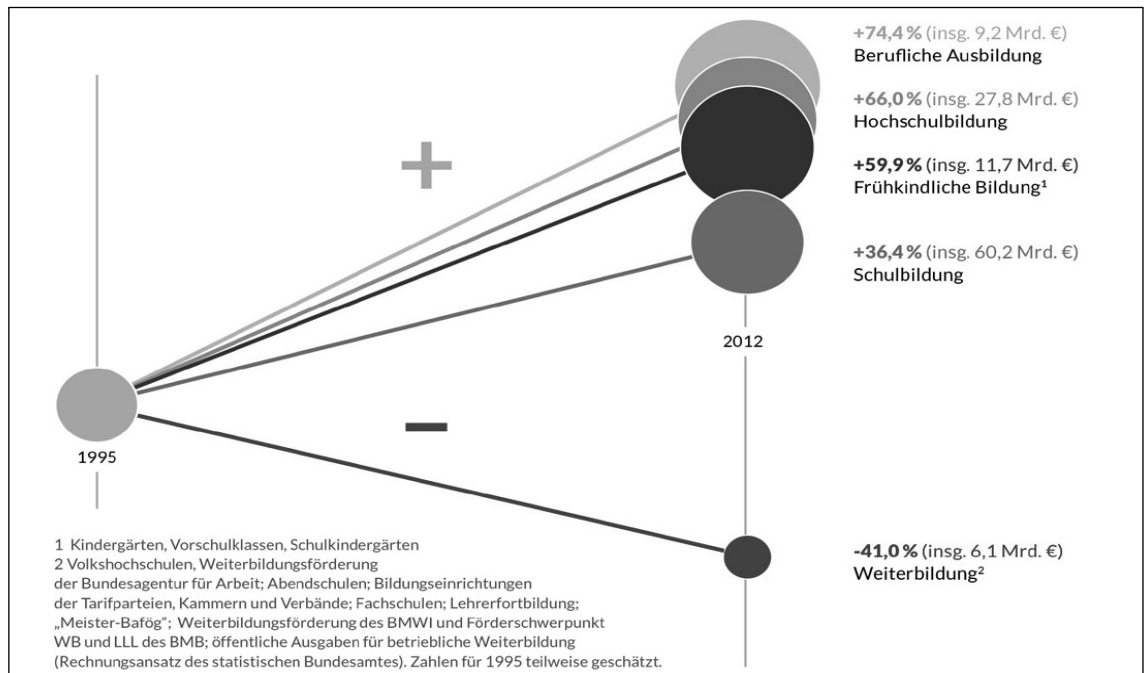
In Rheinland-Pfalz haben die sieben anerkannten Weiterbildungsträger – eine davon die ELAG – genau aus diesem Grund eine medienwirksame Kampagne zur Verdopplung der jährlichen Landesförderung von 8 Mio. € auf 16 Mio. € gestartet. Die Verhandlungen dazu stehen noch aus. In Rheinland-Pfalz, das hier beispielhaft für viele Bundesländer steht, setzen die Träger seit 2008 große Projekte im Bereich der Alphabetisierung und Grundbildung um und bieten seit 2013 verstärkt zusätzlich zu Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten auch Sprach- und Orientierungskurse für Flüchtlinge an. Das Engagement der Weiterbildung in diesen Bereichen ist politisch gewollt und wird durch Projektmittel des Bundes, des Landes und des Europäischen Sozialfonds unterstützt; Projektmittel, die jährlich neu beantragt, neu begründet, neu berechnet und bewilligt werden müssen. Das bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand sowohl für die Antragsteller wie auch für die Landesbehörden und geht einher mit befristeten Arbeitsverträgen, unsicheren Rahmenbedingungen und zum Teil hohen Vorfinanzierungen durch die Träger. Hier wird ein strukturelles Manko in der Ausstattung der öffentlichen Weiterbildung deutlich: Sie ist zu großen Teilen nicht grundfinanziert. Gesellschaftliche Aufgaben werden an die Weiterbildungsträger delegiert, inklusive eines nicht unerheblichen Teils der Kosten wie der „eh-da-Kosten“. Das geht zu Lasten der Träger und letztlich zu Lasten der Teilnehmenden, spätestens dann, wenn einzelne Einrichtungen oder Träger sich aufgrund der nicht ausreichenden Projektfinanzierungen aus diesen Bereichen zurückziehen.

Allein über eine verstärkte Grundfinanzierung kann die öffentliche Weiterbildung auch ihrem Auftrag gerecht werden, allen Bürgerinnen und



Karola Büchel

Geschäftsführerin
der Evangelischen
Landesarbeitsgemeinschaft
für Erwachsenenbildung in
Rheinland-Pfalz e.V.
Kaiserstr. 19
55116 Mainz
karolabuechel@elag.de



Öffentliche Ausgaben für Weiterbildung im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen¹

Bürgern einen kontinuierlichen Zugang zur Weiterbildung zu ermöglichen und unabhängig von aktuellen bildungspolitischen Strömungen Angebote zur Allgemeinen Weiterbildung vorzuhalten, zu denen nicht zuletzt gesellschaftspolitische Angebote gehören. „Niedrige Kriminalitätsraten, mehr Gesundheitsbewusstsein, demokratische Beteiligung usw. gelten als gesicherte externe Effekte einer umfangreichen Allgemeinbildung und sind daher ein Hauptargument für die öffentliche Bildungsfinanzierung im Primar- und Sekundarbereich.“²

Das Paradoxe an der stiefkindlichen Behandlung des Weiterbildungsbereiches ist seine faktische Bedeutung. Sein Volumen entspricht knapp 1% des Bruttoinlandsprodukts. Mit Ausgaben von etwa 27 Mrd. im Jahr 2012 liegt es nur wenig unter den Ausgaben im Hochschulwesen (33,9 Mrd.). Getragen werden diese Ausgaben aber in der Weiterbildung zu 76% von privaten Mitteln; im Hochschulbereich trägt 84% der Staat.

Die Weiterbildungsbeteiligung ist heute im Vergleich zu den 1970er Jahren deutlich gestiegen; fast jeder zweite Deutsche hat bereits einmal an einer Maßnahme teilgenommen. Aufgrund der hohen individuellen Kostenbeiträge ist Weiterbildung aber auch enorm konjunkturabhängig, kann also bei schlechter Wirtschaftslage schnell wieder zurückgehen. Von Geringverdienern und prekär Beschäftigten, die ja endlich verstärkt erreicht werden sollen, ist eine private Kostenbeteiligung kaum zu erwarten. Sie sind vom Weiterbildungsmarkt weitgehend ausgeschlossen. Bleiben also wieder nur die Gutverdienenden, die Mittelschicht, die Weiterbildungsangebote auf Sicht wahrnehmen können.

Eine Weiterbildungspolitik, die behauptet, allen Menschen Zugang zu Bildung und Lebenslangem

Lernen eröffnen zu wollen, wird sich daran messen lassen müssen, ob sie den Worten auch Taten folgen lässt.

Ohne eine deutliche Erhöhung der öffentlichen Weiterbildungsförderung verbunden mit einer gesetzlich geregelten Grundfinanzierung wird Deutschland beim EU-Vergleich der Teilnahme am Lebenslangen Lernen da stehen bleiben, wo es sich 2014 befunden hat: weit entfernt von der EU-Zielmarke von 15% und deutlich unter dem Länderdurchschnitt von 10,7%, nämlich bei 7,8% – also ziemlich weit unten in der Reihe.

Welche Folgerungen ziehen wir aus diesem öffentlichen Sinkflug für die Evangelische Erwachsenenbildung? Sollen wir neben unseren Forderungen an die Politik noch mehr auf ehrenamtliches Engagement setzen und noch mehr Spenden sammeln? Oder sind hier nicht auch unsere Landeskirchen gefragt? Die Erwachsenenbildung als ein noch vergleichsweise junger kirchlicher Arbeitsbereich konkurriert mit den anderen kirchlichen Arbeitsbereichen um Zuschüsse, ähnlich wie es die Weiterbildung mit anderen öffentlichen Bildungsbereichen tun muss. Sie ist ein wichtiger Teil und eine deutliche Stimme der bundesdeutschen Bildungslandschaft geworden, indem sie sich durch ihre vielfältigen, an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Angebote profiliert hat. Weiterbildung ist nicht nur eine öffentliche Aufgabe, sondern auch eine kirchliche. Eine solide finanzielle Förderung braucht die Evangelische Erwachsenenbildung daher von beiden Auftraggebern!

¹ M. Walter, Weiterbildungsfinanzierung in Deutschland. Aktueller Stand, Entwicklung, Problemlagen und Perspektiven. Bertelsmann Stiftung, S. 13

² Ebd., S. 15.